

Frau
Karin Göring-Eckhardt (MdB)
Bundesvorstand DIE GRÜNEN
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin, den 20. März 2017

Mut zu einer vernünftigen Energiepolitik

Sehr geehrte Frau Göring-Eckhardt,

der Entwurf des Wahlprogramms der Grünen trägt den Titel „Zukunft wird aus Mut gemacht“. Dieses sehr gut gewählte Motto ermutigt uns, Sie an Ihren Mut zur Besinnung auf ein grünes Kernthema zu appellieren: den Natur- und Umweltschutz.

Vergiftete Flüsse, saurer Regen, verpestete Luft und andere negative Begleiterscheinungen der Industrieproduktion waren es schließlich, welche die politische Geburt Ihrer Partei auslösten. Ökologische Probleme wurden von den Grünen in die politische Debatte gezwungen und ihrer Lösung nähergebracht. Über viele Jahre besaßen die GRÜNEN eine hohe Kompetenz in Sachen Naturschutz. Gerne erinnern wir uns an Hoimar von Ditfurth, den geistigen Vater dieser Naturschutzkompetenz und leiblichen Vater einer für die ökologische Profilentwicklung der Partei sehr wichtigen Dame.

Leider können wir in der Grünen Politik der letzten Jahre vom einstigen Alleinstellungsmerkmal und vom Mut zur ehrlichen Analyse nichts mehr erkennen. In der Energiepolitik hat Ihre Partei den Naturschutzgedanken auf den Kopf gestellt. Ein südtiroler Grüner brachte dies vor Jahren auf den Punkt:

„Alternative Energiegewinnung ist unsinnig, wenn sie das zerstört, was man durch sie eigentlich schützen will: Die Natur.“ (Reinhold Messner, ehem. MdEP)

H. v. Ditfurth plädierte dafür, Apfelbäume zu pflanzen – auch wenn es wahrscheinlich sinnlos ist. Heutige Grüne plädieren dafür, Wälder zu roden, obwohl es sicher sinnlos ist:

Aufgrund Grüner Interventionen zugunsten der Windenergielobby werden tausende Windkraftanlagen in Wäldern und naturnahen Lebensräumen installiert. Anlagen, für deren wetterabhängiges Zufallsprodukt es keine sinnvolle Verwendung gibt und für deren weiteren Ausbau die Ausrottung ganzer Arten in Kauf genommen wird. Der Grüne Anspruch des „naturverträglichen Ausbaus“ scheitert an der technisch-physikalischen Realität und ist leeres Gerede, welches Kenner der Zustände nur als Zynismus erkennen können:

Die Wissenschaft weist seit Jahren darauf hin, dass die auf 20 Jahre gewährten Preis- und Absatzgarantien für „Ökostrom“ erhebliche ökonomische Verwerfungen, aber zunehmend auch technische Probleme und ökologische Schäden hervorrufen und für den von Ihnen propagierten „Klimaschutz“ faktisch wirkungslos sind. Kernproblem ist die Volatilität, die einen Anstieg der zufälligen Leistungsschwankungen und -spitzen bewirkt. Mit der Folge, dass teuer subventionierter Strom regelrecht verklappt werden muss, wir jedoch trotzdem auf konventionelle Kraftwerke bzw. den Import von Kohle- und Atomstrom angewiesen bleiben.

Während Betreiber von EEG-geförderten Anlagen weiterhin auf 20 Jahre fixierte Vergütungen bekommen, nimmt der **Unmut in der Bevölkerung** zu: Schäden an Flora, Fauna und Landschaft sowie Einbußen an Lebensqualität rufen bundesweit bürgerschaftliches Engagement hervor, das sich – aus ur-grünem Antrieb! - gegen die ökologischen Flurschäden einer als unvernünftig erkannten Politik zur Wehr setzt.

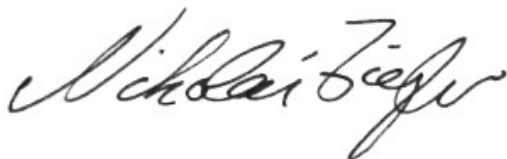
Als Vertreter jener in starkem Wachstum befindlichen gesellschaftlichen Gruppe - unser gemeinnütziger Verein umfasst ein [bundesweites Netzwerk](#) aus aktuell rund **650 windkraftkritischen Bürgerinitiativen** und zehn Landesverbänden – regen wir an, dass die GRÜNEN den Mut aufbringen, sich aus der Vereinnahmung durch die EEG-Lobby zu lösen und sich ihres einstigen Kernanliegens und ihrer Kernklientel erinnern. Dazu bitten wir Sie, folgende Punkte in Ihrem Wahlprogramm zu berücksichtigen:

1. Das EEG gehört abgeschafft. Die Abnahme- und Preisgarantie für „erneuerbar“ produzierten Strom ist Wurzel aller aktuellen und künftig immer gravierenderen Probleme der Energiewende. Sollte sich diese klare und vielstimmig wiederholte Empfehlung der unabhängigen Wissenschaft nicht durchsetzen lassen, so sind wenigstens die krassesten Auswüchse des Irrationalen zu lindern. Insofern wäre
 - 1.1. die Vergütung für nicht-produzierten Strom, die sog. „Härtefallregelung“ (§ 15 EEG) abzuschaffen;
 - 1.2. die Abnahmegarantie für EEG-Strom (§19 EEG) aufzuheben;
 - 1.3. der im Referenzertragsmodell verankerte Grundsatz *„je schlechter der Standort, desto höher die Subvention“* (§36h EEG) ad acta zu legen;
 - 1.4. der auf 20 Jahre festgelegte Vergütungszeitraum drastisch zu reduzieren. Dieser ist in keiner anderen Branche bekannt und hemmt die technologische Entwicklung;
2. die unzeitgemäße und ungerechtfertigte baurechtliche Privilegierung der Windkraft (§ 35 BauGB) aufzuheben bzw. eine zeitlich unbefristete Länderöffnungsklausel (wie sie in der letzten Legislaturperiode leider nur von Bayern genutzt werden konnte) einzuführen;
3. die im Interesse der Windkraftindustrie auf den Weg gebrachte Aufweichung des Bundesnaturschutzgesetzes (Tötungsverbot, § 44 (1) BNatschG) zu stoppen.
4. den unter den Stichworten *„Sektorkopplung“* und *„alternative Finanzierung der Energiewende“* lancierten Versuchsballons eine klare Absage zu erteilen: Beide zielen darauf, den technischen Irrweg fortzusetzen und Symptome des Scheiterns zu vernebeln.

Das für Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt enorm wichtige Thema Energiepolitik darf im Wahlkampf weder ein Nischendasein fristen noch extremen Gruppierungen überlassen werden. Unerträgliche Widersprüche zwischen ökologischem Anspruch und „Ökostromlobby“-Politik haben den GRÜNEN in Rheinland-Pfalz bereits einen erdrutschartigen Verlust beschert. Ihr aktueller Programmentwurf zeigt für diese Widersprüche keine Sensibilität und lässt eine Wiederholung des Desasters auf Bundesebene erwarten. Wenn es den GRÜNEN allerdings gelänge, sich auf o.g. Punkte zu verständigen, könnten sie vielen im Widerstand gegen den Windkraftwahn engagierten Menschen ihre politische Heimat zurückgeben.

Für Ihre Fragen oder auch ausführliche (ggf. vertrauliche) Hintergrundgespräche stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Die Debatte und Programmfindung werden wir intensiv beobachten und die Ergebnisse kommunizieren. Auf einem vernünftigen Kurs wünschen wir Ihnen vollen Erfolg!

Mit freundlichem Gruß



Dr. Nikolai Ziegler
1. Vorsitzender und Fachbereichsleiter Volkswirtschaft



Dr.-Ing. Detlef Ahlborn
2. Vorsitzender und Fachbereichsleiter Technologie